



Foto: Christian Kiel

New Deal, neues Bretton Woods und was dann?

von Michael R. Krätke



» In erstaunlich kurzer Zeit hat die Bekehrung stattgefunden: Aus bekennenden Neoliberalen sind unsere Eliten, gleichsam im Eilverfahren, umgeschwenkt und haben sich mit dem Gedanken an massive Staatsinterventionen in die Wirtschaft, in den heiligen Markt, angefreundet. Verstaatlichung, sogar Enteignungen, sind wieder im Gespräch und nicht länger als linkes Teufelszeug verdammt. Nun sieht auch unser aller Grundgesetz, so wie die meisten Verfassungen, die Enteignung in bestimmten Notfällen vor, unter dem Vorbehalt einer angemessenen Entschädigung. Verstaatlichungen werden im Moment in so gut wie allen kapitalistischen Industrieländern betrieben, nicht um den öffentlichen Sektor zu erweitern, nicht um die verrückte Privatisierungspolitik der letzten Jahre zu korrigieren, sondern einzig und allein, um marode Banken und sonstige Finanzunternehmen vor dem Untergang zu retten. Konjunkturprogramme, noch vor wenigen Monaten und Wochen als bestenfalls wirkungslos, schlimmstenfalls inflationstreibend verpönt, werden jetzt in rasender Eile, eines nach dem anderen aufgelegt. Die Regierungen wie die Parlamente überschlagen sich mit immer neuen Rettungsplänen, um die drohnede Katastrophe abzuwenden.

□ Sind nun alle KeneysonianerInnen?

Hat die sozialdemokratische und sonstige Linke also Grund, sich zu freuen? Sind wir plötzlich, in der akuten Krisennot, alle wieder einmal KeynesianerInnen? Wohl kaum. Eher sind den AkteurInnen einige der bisher bestgeglaubten ökonomischen Dogmen abhanden gekommen. Eher haben die Regierenden, den wachsenden Zorn der Wählerschaft im Nacken, ihre Zuflucht zu einem hektischen Aktionismus genommen. Die Konjunkturprogramme, jedenfalls in Deutschland, sind denn auch danach – ein Sammelsurium von ad-hoc Maßnahmen ohne klare Linie oder Stoßrichtung. Was eigentlich zu tun ist, um aus dieser Krise wieder halbwegs heil heraus zu kommen, was zu tun ist, um eine Welle des antikapitalistischen Protests aufzuhalten – die nach rechts oder nach links

ausschlagen kann, wie wir wissen –, bei den sogenannten Eliten weiß das niemand. Das Weltwirtschaftsforum in Davos von 2009 wird daher als Gipfel der Ratlosigkeit in die Geschichte eingehen. Selbst die ewigen Alles- und BesserwisserInnen aus den Reihen der multinationalen und angelsächsischen Managereliten erschienen diesmal kleinlaut, als habe ihnen das Ausmaß des Desasters, das sie samt ihren IdeologInnen und politischen RepräsentantInnen verursacht haben, die Sprache verschlagen. Aber das ist ein schwacher Trost. Denn der Gegengipfel, das Weltsozialforum in Belem, der fast zeitgleich tagte, hatte trotz ein hunderttausend TeilnehmerInnen aus allen Teilen der Welt auch keine wirkliche Alternative zu bieten. „Eine andere Welt ist möglich“, das stimmt nach wie vor. Die spannende Frage ist nur, wie diese andere Welt aussehen wird. Wie in jeder grossen Krise in der Geschichte des Kapitalismus bisher, findet unter unseren Augen, mit oder gegen uns, eine drastische Veränderung der Strukturen der Weltwirtschaft, der Weltpolitik und damit der Weltgesellschaft statt. Wir erleben das Ende eines Modells des Kapitalismus, nicht notwendigerweise, wie einige EnthusiastInnen auf der Linken meinen, auch schon das Ende des Kapitalismus als Weltsystem.

Die unangefochtene Vorherrschaft des Neoliberalismus scheint gebrochen zu sein – auf den ersten Blick. Aber noch hat der Marktfundamentalismus das Feld nicht geräumt, noch ist er nicht unter allgemeinem Hohngelächter ins Archiv der ideologischen Monstrositäten verfrachtet worden. Die VerteidigerInnen des als „Marktwirtschaft“ oder „Markt“ schlechthin kostümierten Kapitalismus sind so hyperaktiv wie eh und je und warnen allenthalben vor Übertreibungen. Zuviel Regulierung, zuviel Staatsintervention, zuviel Verstaatlichung, zuviel Protektionismus, zu hohe Staatsschulden – das scheint nun die Hauptsorge zu sein. Die paar WirtschaftsjournalistInnen der bürgerlichen Fachpresse, die den Ernst der ersten Weltfinanzkrise begriffen haben und das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise, die dadurch ausgelöst worden ist, ohne ideologische

Scheuklappen sehen können, äußern sich verhaltener. Ihnen macht eher der Orientierungsverlust unserer Regierenden, gleich ob mit Talkshow-Geschwätz, bajuwarischem Gepolter oder dem Mienenspiel der besorgten Landesmutter verbrämt, mehr Sorgen. Zu Recht. Denn, wie der Dichter sagt, auf die Dauer lässt sich auch das bravste Publikum, sogar das deutsche Wahlvolk, nichts mehr vormachen und begreift, dass die „Verantwortungsträger“ mit ihrem Latein am Ende sind.

□ Bewährungsprobe der Linken

Im Moment wiederholt sich die Geschichte – nicht als Tragödie, nicht einmal als Farce, eher wie die sovielte Wiederholung einer abgenudelten Fernsehserie. Wie in den früheren Finanzkrisen, wie in den 1990er Jahren, wie 1997/98 in der Asienkrise, wie 2001/02 in der Krise der „new economy“ wird auch jetzt wieder nach einer Neuauflage der bewährten Rettungsmanöver aus längst vergangenen Zeiten gerufen. Unablässig ist von einem neuen New Deal die Rede. Bill Clinton tat das, die neue US-Regierung mit ihrem Hoffnungsträger Obama tut das gleiche. Das scheint fast eine magische Formel zu sein. Es wird vergessen, dass das historische Vorbild, der New Deal Präsident Roosevelts, erst 1933 begann, als die Weltwirtschaftskrise schon seit Jahren in vollem Gang und nicht mehr aufzuhalten, nur noch abzumildern war. Vergessen wird, dass von einem „Gesellschaftsvertrag“ nicht die Rede sein konnte, der New Deal war und blieb ein gewagtes und heftig umkämpftes Unternehmen, das Roosevelt nur mit Mühe, gegen großen und wütenden Widerstand, stets am Rand des Scheiterns durchsetzen konnte. Letzten Endes, auch das sollte beim Ruf nach einem New Deal im Gedächtnis behalten, hat diese Politik – die ein gerütteltes Maß an protektionistischen Maßnahmen einschloss – die Stagnation und Depression, die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit in den USA nicht wirklich beseitigen können. Das tat erst der Übergang zur Kriegswirtschaft mit dem Beginn des zweiten Weltkriegs. Dennoch kann die historische Analogie nützlich sein, um sich über die Aufgabe klar

zu werden, die vor uns steht. Die gegenwärtige Krise, das sollte die Linke und Europa und überall auf der Welt schleunigst begreifen, ist unsere große Krise, die historische Bewährungssituation. Die Linke hat schon 1989/90, bei der letzten grossen Zeitenwende keine gute Figur gemacht, die Ereignisse weder kommen sehen noch souverän darauf reagiert. Wie jede grosse Krise bietet auch diese eine historische Chance, kaum kleiner als die, die der Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischer Prägung der sozialistischen Linken in Europa und anderswo geboten hat. Die grosse Krise der 1930er Jahre führte zum Aufstieg und Sieg des Faschismus, zum Untergang der ersten deutschen Republik, zum totalen Zusammenbruch der Weltwirtschaft, zu einem unerhörten Massenelend, schließlich zum bislang schlimmsten Weltkrieg der Menschheitsgeschichte. Diese Geschichte darf sich nicht wiederholen, da dürften sogar die unvermeidlichen VerantwortungsträgerInnen mit uns einig sein.

□ Das Konzert der Großmächte hat ausgespielt

Ebenso unoriginell und ebenso verständlich wird auch heute wieder – genau wie während der voran gegangenen Finanzkrisen, die wir nun seit gut zwanzig Jahren in Serie (fast alle drei Jahre eine grosse Finanzkrise) erleben – nach einem neuen Bretton Woods gerufen. Der Weltfinanzgipfel im vergangenen November stand im Zeichen dieser historischen Analogie, das nächste Treffen der G20 in wenigen Wochen wird wieder dieses historische Vorbild beschwören. Aber auch in diesem Fall kann ein wenig historische Erinnerung nicht schaden. Auf der historischen Konferenz von Bretton Woods von 1944 spielten die US-amerikanische und die britische Delegation die Hauptrolle, die übrigen 42 vertretenen Staaten waren eher Statisten. Der Verhandlungsführer der britischen Delegation, John Maynard (damals bereits Lord) Keynes, konnte sich mit seinem Plan nicht durchsetzen, der US-amerikanische Plan zur Neuordnung der Weltwirtschaft, der Weltwährungs- und -finanzordnung wurde mit wenigen Änderungen

angenommen, die Briten mussten sich dem Willen der größten Gläubigernation, der stärksten Industrie- und Militärmacht der kapitalistischen Welt beugen. Hätte Keynes damals seinen Plan durchsetzen können, wäre das Auseinanderbrechen des Bretton Woods Regimes in den 1970er Jahren, samt der anschließenden Serie von Weltwirtschafts- und Finanzkrisen wohl vermeidbar gewesen. Bretton Woods funktionierte – mehr schlecht als recht –, solange die Wall Street das Sagen hatte. Als sie es nicht mehr hatte, als es für die USA kostspielig wurde, den US-Dollar als Weltgeld fungieren zu lassen, wurde die Goldbremse gelöst, dann ausgebaut und der weltweiten Dollarinflation freies Spiel gegeben, unter der wir bis heute leiden. Selbst im günstigsten Fall, wenn unsere Regierenden, die Angst vor dem totalen Absturz im Nacken, getrieben von ihren WählerInnen, besorgt über drohende Ausbrüche des blanken Volkszornes – eine Angst, die im Moment die chinesische wie die französische Regierung umtreibt –, sich zusammen raufen, wird ein neues Bretton Woods nur dann eine Chance haben, wenn es das Ende des Wall Street und Dollar-Regimes besiegelt. Die künftige Weltwirtschafts- und -währungsordnung wird multipolar und multilateral sein, weder die USA noch die G8 werden das kapitalistische Welt-system weiterhin dominieren können. Der Gentlemen's Club, das Konzert der Großmächte, sie haben als Modelle der Weltpolitik ausgespielt. Ein Hauch von Demokratie macht sich breit und selbst die G20 werden sich legitimieren, mithin die Kritik und Einmischung des Rests der Welt gefallen lassen müssen.

□ Stunde des radikalen Reformismus

Wenn die Demokratie schon von der Agenda der Weltwirtschaftspolitik kaum mehr zu verbannen ist, wie steht es dann mit unseren neuen, nationalen New Deals? Die Kosten der Weltfinanzkrise werden jetzt auf mindestens drei Billionen US-Dollar geschätzt – innerhalb eines Jahres haben sich diese Verlustschätzungen mehr als verdreifacht und alle halbwegs Eingeweihten wissen, dass sie immer noch viel zu niedrig sind. Bis zu einem Fünftel des Bruttosozialprodukts wird der Ausgleich der Spekulationsverluste im Banken- und Finanzsystem in den OECD-Ländern kosten – nach konservativen Schätzungen. Was liegt also näher, als den Bankrotteuren, die ganz offenkundig mit dem Geld anderer Leute nicht umgehen können, das Kreditgeschäft aus der Hand zu nehmen. Sprich, die Banken, und nicht nur die Banken, zu nationalisieren, in öffentliches Eigentum zu überführen und in öffentliche Unternehmen zu verwandeln? Da sich die Banken im öffentlichen Eigentum bzw. mit Staatsbeteiligung wie die Landesbanken in Deutschland oder die IKB und ähnliche Institute keineswegs umsichtiger oder verantwortungsvoller verhalten haben als die privaten Geschäftsbanken oder die Investmentbanken, was liegt näher als den gesamten öffentlichen Unternehmenssektor, die Banken voran, gründlich zu reformieren und einer wirklichen demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Da die großen Industrieunternehmen im Moment nach Staatshilfe schreien, zugleich aber panikartig in Massen Leute hinauswerfen, da das Leiharbeitsystem zusammen kracht, da wir im Moment erleben, was die angebliche „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts für das untere Drittel der Arbeitsgesellschaft bedeutet, was liegt näher als die Staatsknete für einzelne Unternehmen oder ganze Branchen an strikte Auflagen zu binden, wie sie bei jeder Vergabe von öffentlichen Mitteln für Groß- oder Kleinprojekte üblich sind. Was liegt näher als die Reform des Arbeitsmarkts zu reformieren, die Arbeitszeit (die Wochen-, Tagesarbeitszeit wie die Jahres- und Lebensarbeitszeit) sofort neu zu justieren, flächendeckende Mindestlöhne einzuführen? In der Krise wird der Sozialstaat gebraucht, die große Krise

ist die Stunde des konsequenten, sogar des radikalen Reformismus, in der man das Undenkbare denken, das Unerhörte wagen muss.

» Was liegt näher? In der Sozialdemokratie ist es im Moment die Angst, die Angst vor den Folgen der großen Koalition, die Angst vor dem Machtverlust, die Angst vor der Konkurrenz auf der Linken. Vor den sogenannten Konservativen wie vor den Unentwegt-Neoliberalen braucht man keine Angst zu haben. Nichts wäre einfacher, nichts wäre logischer, als Front zu machen gegen das sogenannte „bürgerliche Lager“ – in dem Moment, wo die angebliche „Wirtschaftskompetenz“ dieser Damen und Herren vor aller Augen als das entlarvt wird, was sie stets war, als hohles, präntiöses Geschwätz.



Foto: www.pixellode; O. Fischer



In solchen Zeiten rächt es sich bitter, wenn die Massenparteien der Linken, zumal die großen und alten wie die SPD, sich nicht mehr auf die Kapitalismuskritik verstehen, die einst ihre intellektuelle Stärke war. Der hilflose Antikapitalismus, der nur einige wenige Spieler, einige wenige Praktiken, einige wenige Unternehmen als Auswüchse verdammt, trägt nicht weit. Die Wut im Bauch gegen die Reichen, die da oben, die Banker, die Spekulanten, die Kapitalisten, sie ist so alt wie der Kapitalismus. Aber die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sind ja einmal gegründet worden, um dieser Wut, dem fast instinktiven Anti-Kapitalismus derer da unten ein klares Ziel, eine Richtung, Sinn und Verstand zu geben. Das ist heute so aktuell wie eh und je. Wer vom Kapitalismus und seinen Krisen mit Verstand und historischem Sinn reden will, darf vom Sozialismus, von einer Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Kapitalismus nicht schweigen. Dazu braucht es keine Patentrezepte. Dazu gibt es mehr als genug linke Konzepte, Ideen, Theorien im sozialdemokratischen Traditionsgepäck:

Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus zum Beispiel, beides entstanden aus der Kritik am Kapitalismus wie aus der Kritik am „real existierenden Sozialismus“ des sowjetischen Imperiums. Vielen ist das wieder zu reformistisch, zu wenig Utopie. Vielen ist das auch zu kompliziert, denn beides erfordert einen langwierigen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft auf mehreren Ebenen, viele neue Institutionen, eine ganz andere Form von gelenkter und in der Tat „sozialer“, demokratisch kontrollierter Marktwirtschaft. Mithin auch eine andere Form der Demokratie, mehr als nur die Fortsetzung und Erweiterung des altgewohnten Parlamentarismus mit dazu gehörigem Wahlsystem. Manche unserer Freunde auf der Linken haben eine oder mehrere Patentlösungen parat: Nicht wenige grüne Linke, viele rote Linke schwören auf das Grundeinkommen als den einen, unüber-trefflichen Hebel zur radikalen Sozialreform – oder -revolution. Die linke Linke, wie man in Frankreich sagt, die Trotzlisten sagen es gerade heraus – die Weltrevolution und nur sie ist die Lösung aller unserer Probleme. Wohl kaum. Damit fangen sie



Foto: www.liniezweide

erst an. Im Moment wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Linke insgesamt auf ihre reformistische Tradition besinnen würde und begänne, sich in die Transformation des real existierenden Kapitalismus, national wie global, aktiv einzumischen, um wenigstens die große Richtung mit bestimmen bzw. zu korrigieren. Der neue US-Präsident, alles andere als ein Sozialist, propagiert eine „grüne Beschäftigungspolitik“. Die Linke in Deutschland und in Europa sollte seinem Beispiel folgen und die ökologische und soziale Reform auf ihre Banner schreiben. Auch wenn das erbitterten Kampf gegen die IdeologInnen und ewigen GlaubenskriegerInnen des Marktfundamentalismus bedeutet.

□ Nachhaltigkeit noch in dieser Generation

Denn das unterscheidet diese Krise von allen früheren großen Krisen in der Geschichte des modernen Kapitalismus. Wir haben es nicht nur mit einer Weltfinanzkrise und einer Weltwirtschaftskrise zu tun. Wir stehen gleichzeitig unter dem Problemdruck des weltweiten Klimawandels und wir befinden uns mitten in einer Welthungerkrise, auch wenn wir in den reichen Ländern davon nicht viel merken. Unsere Weltordnung kracht in allen Fugen, und sie droht kriegerisch zu explodieren. Der Klimawandel setzt uns unter Zeitdruck. Uns bleiben nur noch zehn bis fünfzehn Jahre für einen radikalen Umbau der Industriegesellschaften –

und zwar überall auf der Welt. Wir müssen unsere gesamte Arbeits- und Lebensweise radikal umstellen in weniger als einer Generation. Die berühmte „Nachhaltigkeit“, von der alle Welt inzwischen unablässig faselt, wir müssen sie jetzt, innerhalb weniger Jahre erreichen, indem wir unsere gewohnte Weise zu leben, zu essen, zu wohnen, zu reisen, zu kommunizieren, zu arbeiten gründlich verändern. Und zwar auch um den Preis, dass dabei der gute alte Kapitalismus mitsamt seinen angeblichen ökonomischen „Gesetzen“, mitsamt seinen Irrationalitäten, mitsamt seinen schreienden sozialen Ungerechtigkeiten, mitsamt seinen schönen Ideologien, mitsamt seinen Klassenprivilegien auf der Strecke bleibt. Nicht um eines sozialistischen Ideals, nicht um einer Utopie, sondern um des Überlebens der Gattung Mensch willen. Auch, damit die Regierung durch das Volk und für das Volk nicht von dieser Erde verschwindet und durch einen wüsten Reigen von Eliten-Despotien ersetzt wird. In diesem Sinn bedeutet die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise in der Tat eine Chance, die Chance zum radikalen, demokratischen Umbau des Kapitalismus. Es dürfte nach menschlichem Ermessen die letzte sein. Jetzt, in den nächsten Jahren, muss sich erweisen, was das inzwischen zum Ritual gewordene Gerede von der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen wert ist. Jetzt, nicht morgen, muss die europäische Linke zeigen, dass sie Mut und Verstand hat. ■

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie und Direktor des Institute for Advances Studies an der Universität Lancaster sowie Mitherausgeber der spw.

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

1968 – lohnendes Erinnern

Die Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei **Kurt Bachmann**
Die Geschichte gab der DKP recht **Herbert Mies** | Wenn es die DKP heute nicht gäbe. Interview mit dem Vorsitzenden der DKP, **Heinz Stehr** | Betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe Ende der 60er-Jahre **Heinz Hummler** | „Herunter mit den Preisen und dem Wirtschaftsdiktator Erhard“ Zum vergessenen Generalstreik vom 12. November 1948 **Daniel Bratanovic** | Mein 68 begann 1966 **Otto Meyer** Abenteuer Quantenphysik **Rolf Jünger** | Weltfinanzkrise – Weltwirtschaftskrise **Winfried Wolf**

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: NeueImpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG